

Medienbeobachtung

18.09.2023

Inhaltsverzeichnis

S. 3 **Kampf um den Schlüssel zum Geld**
17.09.2023 , kleinezeitung.at

Kampf um den Schlüssel zum Geld

Am Montag treffen einander die Landeshauptleute in Wien zu einer Sondersitzung wegen des Finanzausgleichs. Auch Finanzminister Brunner ist eingeladen. Er bestätigte am Wochenende sein Kommen.

Am Wochenende kam die Zusage. Magnus Brunner, von den Landeshauptleuten zu ihrer Sondersitzung am Montag in Wien geladen, wird teilnehmen. Das hatte der Finanzminister am Freitag noch offengelassen. Es könnte darauf hindeuten, dass in den vergangenen Tagen zumindest auf bilateraler Ebene Fortschritte beim Tauziehen um einen neuen Finanzausgleich erzielt wurden. Brunner wird den Ländern aber etwas mitbringen müssen.

Immerhin ein Streitpunkt war schon vorab geklärt. Die Eisenbahnkreuzungsverordnung wird verlängert, die Bundesländer erhalten etwas mehr Zeit für die Sicherung der Übergänge und ein paar Millionen Euro zusätzlich. Freilich, die wesentlichen Fragen bei der Neuordnung der Steuermittel zwischen Bund, Ländern und Gemeinden sind gänzlich andere. Die Finanzierung des Gesundheitssystems zum Beispiel, der Ausbau der Kinderbetreuung, Klimaschutz, öffentlicher Verkehr und leistbares Wohnen, um nur die ganz großen Themen zu nennen.

Denn diese beharren weiterhin auf einer Reform des Verteilungsschlüssels. Derzeit behält sich der Bund 68 Prozent aller gesamtstaatlichen Steuereinnahmen, die Länder erhalten 20 Prozent, Gemeinden 12 Prozent. Diesen Schlüssel wollen die Landeshauptleute in Richtung 60-25-15 geändert wissen. Es würde ihnen rund sieben Milliarden Euro mehr pro Jahr einbringen. Zumindest bisher hat der Bund aber jegliche Eingriffe in den Verteilungsschlüssel entschieden abgelehnt.

Streit um eine Studie

Ein Blick auf das Budget und die Prognosen macht schnell klar, warum Brunner auf den 68 Prozent beharrt: Die Ausgabefreudigkeit der vergangenen Jahre, das Ende der kalten Progression, die Wirtschaftsflaute sowie das deutlich höhere Zinsniveau stellen für den Finanzminister eine unheilvolle Kombination dar. Fiskalrat-Chef Christoph Badelt hat schon vor Monaten süffisant gemeint, dass er in fünf Jahren nicht Finanzminister sein möchte.

Brunners Gegenvorschlag: Ein Geldtopf für die Bereiche Kinderbetreuung, Klimaschutz und Wohnen, der mit 700 Millionen Euro gefüllt sein soll. Dazu kommen noch rund 600 Millionen Euro für Gesundheit und Pflege, wo sich Sozialminister Johannes Rauch (Grünen) gerade an einer Reform versucht. Interessanterweise ist er nicht eingeladen worden.

Aus den SPÖ-geführten Ländern Kärnten und Wien waren im Vorfeld des Treffens teils alarmistische Signale in Richtung Brunner ausgesendet worden. „Der Bund hat die Dramatik der Lage noch nicht erkannt“, sagte etwa Thomas Weninger, Generalsekretär des Städtebundes.

Ziele folgen dem Geld

Länder und Gemeinden argumentieren, auch unterlegt mit einer Wifo-Studie, dass in jüngerer Vergangenheit die Kostendynamik bei ihnen ausgeprägter war, speziell in den Bereichen Bildung und Gesundheit. Im Finanzministerium ist die Studie zwar bekannt, sie sei aber nicht mehr aktuell, heißt es aus dem Büro Brunners. Die Dynamik habe sich mittlerweile zuungunsten des Bundes umgekehrt. Brunner beharrt seinerseits auf Reformen der Länder. Dazu soll auch sein „Zukunftsfonds“ dienen.

Geld soll erst fließen, nachdem bestimmte Ziele erreicht wurde, also eine Art Belohnung. Doch welche Ziele sind gemeint? Hier ist das Ministerium vage: „Die konkreten Ziele und die Ausgestaltungsdetails werden in weiteren Verhandlungen gemeinsam definiert“. Das bedeutet, dass erst nach der Geldverteilung konkrete Ziele festgelegt werden sollen.

© Georg Hochmuth Finanzminister Magnus Brunner © Georg Hochmuth

© Georg Hochmuth Finanzminister Magnus Brunner © Georg Hochmuth

© Georg Hochmuth Finanzminister Magnus Brunner © Georg Hochmuth

Quelle	kleinezeitung.at
Typ	News Site
Land	AT
Autor:in	Andrea Bergmann
Sprache	Deutsch
Adresse	https://www.kleinezeitung.at/politik/polaufmacher/6323066/...